

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelpreis 10 Pf.

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Die Tribun“, „Die Kommunistin“, „Der Arbeiter“, „Die Rote Siegel“.

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersdorf, Gottesberg, Niederhornsdorf, Giltendorf, Neu-Jahrsbrunn, Nieder-Salzdamm, Weisklein, Waglersdorf.

Anzeigenpreis: Die 10gepaltene Millimeterzeile oder deren Raum 10 Goldpfennig, Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Goldpfennig. — Kleinausschnitt: Die Millimeterzeile 3 gepaltene oder deren Raum im Text 50 Goldpfennig

Dienstag, 18. November 1924

Abonnementpreis: Der wöchentlich 5 maligen Erscheinung monatlich 2.40 Goldpfennig, 50 Pf. Einjahr, durch Straenhandl. u. Markt 10 Pf. Redaktion und Expedition: Breslau, Trebnitzer Straße 50. — Postfachkonto Breslau Nr. 210 50. — Fernsprecher: Breslau, Ring 5887.

Demokratische Republik des Gumpfes.

Buchthausantwarter als Stuhen der Republik.

(Eigene Drahtberichte)

Berlin, 18. November.

Endlich sieht sich der Staatsanwalt gezwungen, öffentlich bekanntzugeben, daß der Regierungsrat Bartels von der deutschnationalen Partei, von der politischen Polizei nicht aus politischen Gründen, sondern wegen Bestechung und Fälschung im Amt verhaftet worden ist. Bartels wurde in der sozialdemokratischen und bürgerlichen Presse als Leiter der Berliner Fremdenpolizei festgestellt. In Wahrheit ist Bartels seit Entfernung von Wes aus dem Amt dessen vorläufiger Vertreter und somit Leiter der Abteilung Ia der Berliner Polizei. In Vertretung des Berliner sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Richter hat er mehrere Verbote der „Roten Fahne“ unterschrieben und sich ganz hervorragend beim Ueberfall auf die russische Handelsvertretung hervorgetan. Bartels saß in dem Verdacht einer ganzen Reihe anderer Verbrechen, besonders von Raub und Dokumentenfalschungen für die Zwecke der russischen Konterrevolution. Bartels wurde bei der Untersuchung gegen den russischen Wesgardisten Holzmann entlarvt.

Es gibt keinen kapitalistischen Staat, ob Republik oder Monarchie, in dem nicht alltäglich Korruptionsaffaren, je nach dem, vertuscht oder aufgedeckt werden. Aber das Ausmaß, das die Korruption in der deutschen Republik genommen hat, uberrifft alles bisher Dagewesene. In Ronigsberg entpuppte sich der Gouverneur des Reichsbanners, Schonwal als bestochener Lump, der, selbst nach Aufdeckung seiner Schweinereien, weiter von der SPD. gedeckt wird. In RonIn hat der Beigeordnete Schäfer ohne Einschraiten des Sozialdemokraten Sallmann Lebensmittel im Werte von Hunderttausenden verschoben. Die verhungerten Proletarier wanderten ins Gefängnis, Schäfer als hohes Tier jedoch, ließ der Oberbürgermeister, Zentrumsmann, Udenauer, wissenschaftlich entkommen.

Der Bartelskandal in Berlin ist das würdige Seitenstück zu diesen beiden Korruptionsgeschichten. Das sind die Leute, die die europäische Kultur vor dem bolschewistischen Gift retten sollen. Sie bedienten unsere Presse, sie leiteten die Polizeiaktionen gegen unsere Genossen, sie terrorisierten die gesamte KPD, sie probuzierten Sowjetrußland. Die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten und Minister halten schützend ihre Hand über sie, und dabei sind es die größten Lumpen und Verbrecher.

Das sind keine Einzelfälle, das sind nicht Erscheinungen, für die einzig und allein die entlarvten Beamten die Verantwortung tragen, das sind typische Fälle des gesamten Korruptionssystems, in dem die Vertreter aller Parteien drin stecken, von der SPD. bis zu den Deutschbolschewisten.

Sine Wirtschaftsordnung, in der die Arbeitskraft eine Ware ist, in der die Hundertmillionen Werkstatigen ein käufliches Objekt sind in der Hand einer kleinen Kapitalistenclique, macht auch die Vertreter und Verteidiger dieses Systems zu einer Ware, zu einem käuflichen Objekt des Kapitalismus. Wer auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung steht und nur innerhalb des Kapitalismus für Reformen kämpft, wie es die SPD. tut, der verfällt, ob er es will oder nicht, der geistigen oder materiellen Korruption.

Wer die „Auswüchse“ des Kapitalismus beseitigen will, muß den Kapitalismus selbst beseitigen, muß mit den Kommunisten für den Kommunismus kämpfen.

Mehr Lohn in der obereschlesischen Montanindustrie

Am Anfang November haben in Obereschl. Verhandlungen mit den Arbeitnehmern der Montanindustrie über Lohnverhaltungen stattgefunden. Die Bergarbeiter verlangen durchschnittlich 20 Prozent Erhöhung, die Huttensarbeiter 25 Prozent. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos. Die Unternehmer sind gerillt, alle Mittel anzuwenden um es auf einen Kampf ankommen zu lassen. Sie sprechen von der Unrentabilität der Betriebe. In der Absicht, die Forderungen zu ubereiben, die hartnäckigen Arbeiter wissen jedoch, wie es mit dieser Unrentabilität bestellt ist. Sie bei jeder Gelegenheit das Stuckwort zu weiterer Ausbeutung war.

In der Eisenindustrie Obereschlens haben in letzter Zeit große Entlassungen stattgefunden. So ist die Zahl der Huttensarbeiter von 24000 auf 15000 verringert worden. Die Lage der obereschlesischen Arbeiter ist also handlungsunfahig. Die Forderungen auf 20 und 25 Prozent Erhöhung der Löhne sind eine dringende Notwendigkeit. Die Unternehmer haben sich dafür erklärt, daß diese Forderungen erlampft werden.

Staatlicher Wahlterror gegen die KPD.

(Eigene Drahtberichte)

Berlin, 18. November.

In Czarnberg bei Berlin wurde eine öffentlich angezeigte Wahlversammlung der KPD. von der Schupo überfallen. Sämtliche Teilnehmer wurden geschlossen zur Polizei geführt, dort festgehalten, körperlich durchsucht und ihrer Wahlplakate und Mitgliedsbucher beraubt.

Wahlaufruf des „neutralen“ NSD. für die SPD. gegen die KPD.

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 18. November.

Der NSD. erlast einen Wahlaufruf, dem wir folgende Stellen entnehmen:

Von Leuten, die sich Kommunisten nennen und die geschmeidelig die Zermurung und Zerstörung von Arbeiterorganisationen vor ihnen heranzubringen, wird so viel vom Klassenkampf geredet. Dabei brücken sie eine der wichtigsten Staiten des Klassenkampfes auf den Boden einer Kadaverbuhne herunter. Oder ist der Reichstag etwa keine Staitte des Klassenkampfes? Wo wird die Frage entschieden, ob wir den gesetzlichen Achtstundentag wiederbekommen sollen? Im Reichstag! Wo wird das Arbeitszeitgesetz, das Arbeitsvertragsgesetz, die Schlichtungsordnung, das Zulassungsstatut, im Reichstag! Wo wird bei allen das Koalitionsrecht gelehrt und gelehrt die Anerkennung der Gewerkschaften durchgefahrt? Im Reichstag! Wo wird die Verteilung der Löhne gesetzlich geregelt, die der Lebensplan gebracht hat? Im Reichstag! Eure Klasseninteressen sind es, um die im Reichstag gehandelt wird.

Diesen Kampf kann man nicht mit Rundtrumpfen führen, wie es die Kommunisten tun. Es gilt, erst, sachliche Arbeit zu leisten. Es gibt nur eine Partei, auf die in allen diesen Fragen Verlaß ist. Das ist die sozialdemokratische Partei! Die bürgerlichen Vertreter sind alle mehr oder weniger abhängig von euren Klassengegnern, den Unternehmern.

Und die Kommunisten? Sie sind auf ausländischen Befehl (!) hin die Helfershelfer der Reaktion, als die Verderber der Arbeiterklasse.

Wählt am 7. Dezember sozialdemokratisch.

Der Vorstand des NSD.

Derselbe NSD., der unter dem Deckmantel der Neutralität sich weigert, die geringsten politischen Forderungen im Interesse der Kommunisten, sondern der gesamten deutschen Arbeiterklasse aufzustellen, wie die Forderung der Amnestie, des Kampfes gegen die Klassenjustiz usw., welche NSD., der den Ortsausschuß Gotha auflöst, weil er denartige „parteiliche“ Forderungen erhebt, lacht och im Wahlkampf offen die Maske fallen und bekenn sich mit juglicher Offenheit als Filiale der SPD. Der NSD., der von den Arbeitern geschaffen wurde, um Wirtschaftskampfe gegen das Geld zu führen, unterdrückt die Streiks und vertrost die Arbeiter auf den Reichstag, als das Allheilmittel für alle Krankheiten und Wünsche des Proletariats.

Interessant ist das Eingeständnis des NSD., daß alle bürgerlichen Parteien Unternehmerparteien seien. Aber dieselbe SPD, für die der NSD. Wahlpropaganda macht, ist ja der Verbündete der Unternehmerparteien des Zentrums und der Demokraten. Macht nichts! Die Kommunisten, nicht die Sozialdemokraten, sind „auf ausländischen Befehl“ die „Helfershelfer der Reaktion“.

Eine Lehre sollten die Genossen aus dieser offenen Parteinahme des NSD. ziehen! Was dem NSD. recht ist, ist denjenigen Ortsausschen billig, die in unserer Hand sind. Alle Gewerkschaftsaktionen, die von unseren Genossen besetzt sind, müssen noch tausendfach mehr als bisher in den Dienst des konterrevolutionären Wahlkampfes gestellt werden. Die Gewerkschaftsversammlungen müssen der Kampfboden sein für die Organisierung des Wahlkampfes der KPD.

„Die Rheinweissenbahn wieder deutsch!“

ruff die „Vollmacht“ und preist diesen Erfolg der Erfullungspolitik. In Wirklichkeit geht die Ruhr-Rheinweissenbahn nicht in den Besitz des Deutschen Reiches, sondern der internationalen Eisenbahn-Aktiengesellschaft über, der die gesamte deutsche Eisenbahn ausgeliefert wurde und an deren Spitze als Alleinherrscher, mit dem Recht der Verpachtung und des Verkaufs der deutschen Eisenbahn, der Tarif- und Lohnfestsetzung und der Entlassungen, ein Komitee kommissarisch steht. Während die „Vollmacht“ diesen Erfolg der Erfullungspolitik bis in den Himmel lobt, verschweigt sie den ersten wirklichen, großen Erfolg der Erfullungspolitik, die Entlassung von 24000 Eisenbahnarbeitern. Heraus mit der Sprachel! Legt dies Maske ab!

Währung Sänger!

Unbergekeltene Zwangsmae zwingen uns, für Mittwoch (Danktag), nachmittags 3 Uhr (punktl.) den gemäßigten Eho- zur Probe zusammenzurufen. Der Fall drängt; unbedingtes Erscheinen ist revolutionäre Pflicht. Die Leitung.

Oberschlesiens Schicksal und wie es abgewandt wird.

Von F. Reigf.

Die Formen, die der Kapitalismus annimmt, und die Methoden, die er anwendet, um innerhalb der einzelnen Bundesstaaten seine Macht zu festigen, sind nicht starr und dogmatisch. Im Gegenteil, er nimmt sehr geschickt auf alle Besonderheiten des Landes Rücksicht. Doch bei aller Biegsamkeit, die Entwicklung läst den Kapitalismus nach längerer oder kürzerer Frist, an seinem eigenen Widerspruch zugrunde gehen. Die Beweisführung dafür hat uns Karl Marx geliefert. Den praktischen Beweis liefert uns Oberschlesien.

Die Teilung Oberschlesiens liegt nicht allein in den nationalen Gegensätzen zwischen Deutschland und Polen begründet, sie hat eine tiefere Ursache. Sie entspringt der Naturnotwendigkeit der kapitalistischen Entwicklung. Daß diese Auffassung zurecht besteht, beweist die Jetztzeit und wird noch mehr die Zukunft beweisen.

Die proletarische Revolution, die in Rußland gestiegen hat, hat die natürliche Tendenz, sich über den russischen proletarischen Staat, den Feind der kapitalistischen Gesellschaft, hinaus auszudehnen. Diese Expansionsmoglichkeit verucht das Kapital zu unterbinden, einerseits durch Schaffung von Pufferstaaten in Form kapitalistischer Pufferstaaten gegen Rußland, andererseits durch schärfere Konzentrierung seiner Macht auf Grund der Zusammenlegung oder Zusammenfassung bestehender Industriegebiete.

Um sich also zu schützen, umgab man Rußland mit einer Kette von nationalen Kleinstaatchen, damit diese zuerst den Ansturm des russischen Proletariats gegen über den kapitalistischen Westmächten aufhielten. Die eigentlichen Industriezentren wurden in Pufferstaaten zerissen, um die Macht zu ihnen gefährlich zusammengeballten Proletariats zu sprengen. Denn gerade diese Zusammenballung der Arbeitermassen drohte zu einem Herd der Gefahr für den Kapitalismus zu werden.

Diesem Schicksal mußte auch das obereschlesische Industriegebiet verfallen. Mit seinen ca. 600000 Mann zählenden Industriearbeitern, zusammengepfercht auf einem Handteller Erde, durchdrungen von einem gesunden Rebellionsgeist, bedeutete ein geschlossenes Oberschlesien eine ungeheure Gefahr für den internationalen Kapitalismus und damit auch für das von ihm aufgestellte Randstaatenstystem um Rußland. 600000 fortwährend rebellierende Arbeiter sind eine stabile Macht. Diese Macht mußte gebrochen werden und dies um so mehr, als Ausfluchten vorhanden waren, eine wirtschaftliche Konzentrierung des Kapitals in Rheinland-Westfalen und Westfrankreich vorzunehmen. Dieser wirtschaftlichen Konzentrierung mußte also das Industriegebiet Oberschlesien geopfert werden. Um das aber so viel wie nur irgend möglich, ohne jeden Zusammenstoß mit dem obereschlesischen Proletariat bewerkstelligen zu können, war es notwendig, zuerst dieses Proletariat zu zerschlagen, das heißt zu entzweien.

Durch das Hinzutreten nationaler Phrasen und chauvinistischer Gedankengänge gelang es vortrefflich, diese 600000 sich als Arbeiter fühlenden Oberschlesier gegeneinander aufzuhetzen. Deutsch gegen polnisch war die Parole, die man unter die Arbeiter warf. Unter Zuhilfenahme enormer Geldmittel gelang dieser Schachzug, und zwar aus dem Grunde, weil das obereschlesische Proletariat noch keine soziale Tradition und Schulung besaß. Die Versuche der Kommunisten, der Verhetzung der Arbeiter gegeneinander in Oberschlesien ein Ziel zu setzen, mißlungen zu einem großen Teil an der nicht klugbewussten, sondern geblohmsichtigen Einstellung der Arbeiterklasse zum Sozialismus resp. Kommunismus, wie auch an der verräterischen Tendenz der sozialdemokratischen Parteien beider Länder.

Nachdem nun die Spaltung der obereschlesischen Arbeiter in Deutsche und Polen, die sich als Nationalisten jetzt aufzargt bekämpfen, gelungen war, konnte man an die Schleiung des eigentlichen industriellen Problems herantreten. Die Zerschlagung oder Bruchlegung der Industrie in Oberschlesien macht jetzt riesige Fortschritte und es war interessant zu beobachten, wie beim Auftauchen des Ruhrproblems, d. h. der Verbindung deutscher Kohlen mit französischen Erzen, sich einige östliche Groindustriellen in Deutschland zusammenschlossen, um aus Konkurrenzgründen heraus, gegen über dem deutsch-französischen Montantrust, einen ostdeutschen Montantrust, aufzustellen. An diesem Trust sollten mehrere deutsche Industrielle, die Linke-Hofmann-Werke, sämtliche Industrielle Oberschlesiens, als wie auch ein Teil polnischer, tschechoslowakischer und österreichischer Groindustrieller beteiligt sein. Dieses Bestreben wurde diktiert vom Selbsthaltungstrieb gegen den im Westen aufstehenden großen Konkurrenten. Jedoch Stinnes, kurz vor seinem Tode, im Bouschur, sein französischer Bundesgenosse, waren auf dem besten. Durch Ankauf eines großen Teiles Montanaktien in Oberschlesien, als auch durch Vorschreiben von Stromanern zum Ankauf großer Aktienbundel der Linke-Hofmann-Werke, wie durch Vorschreiben französischer Strommanner zum Ankauf polnischer Aktien, wurde die Schaffung dieses ostdeutschen Montantrustes zum Auffliegen gebracht. Der Trust war zur Verwirklichung der Ostindustriegebiete über

Paul Löbe sagte

am Freitag, den 7. November, in der SPD-Wahlversammlung in den Zentralballsälen in Breslau:

- Die Kommunisten haben im Reichstag beantragt:
 - Abolition der Lohnsteuer.
 - Abolition der Umsatzsteuer.
 - Abolition der Melsteuern.
 - Abolition aller indirekten Steuern.
- Die Kommunisten haben gleichzeitig beantragt:
 - 800 Millionen Mark für Erhöhung der Gehälter der unteren Beamten in den Haushaltsplan einzusetzen.

Das sind Agitationsphrasen! Denn, wenn wir dem Staat kein Geld bewilligen, kann der Staat kein Geld ausgeben.

Deshalb hat die SPD. diese Vorschläge abgelehnt.

Was sagt der SPD.-Arbeiter dazu?

Ist die Forderung nach Abschaffung aller Arbeitersteuern eine Agitationsphrase oder eine Lebensnotwendigkeit?

Ist kein Geld da, Gehälter der unteren Beamten zu erhöhen, wenn die Hohenzollern 658 000 Morgen deutschen Landes nebst Schlössern, Palästen, Juwelen, Fabriken und Hunderte von Goldmillionen erhalten?

Arbeiter, antwortet am 7. Dezember!

Er ist auf reiche Jüdinnen erpicht.

— Wer? Niemand anders als er, der „Sünder wider das Blut“ der völkische Antisemit Arthur Dinter. Dinter stand in Sachen einer Verteidigung vor einem Berliner Amtsgericht. Dabei gab es wunderbare Enthüllungen über den „harmlosen Onkel“, wie er sich klagend bezeichnete. Ein Rechtsanwalt stellte auf Grund eines bereits ergangenen Urteils fest, daß der „Onkel Dinter“ erhobene Vorwürfe des unsittlichen Lebenswandels „wischer sei“ und zwar durch den gleichfalls antisemitischen Amtsgerichtsrat Vatmann. Es wurde dann die Vernehmung zweier Frauen beantragt, „zum Beweis dafür, daß Dinter gesagt habe er hätte auch eine Jüdin, wenn sie nur genügend Geld habe“. Der Rechtsanwalt Sohn erklärte: „Ich bin in der Lage zu beweisen, daß Dr. Dinter sich leinzeit um jüdische Frauen beworben hat.“ — Was soll man dazu sagen? Kann die völkische Größe denn nicht mit arischen Jungfrauen den völkischen Liebesmenschen zeugen? Nach dem Rezept des „Völkischen Kurier“, der just am Tage dieses Dinterprozesses schrieb: „Mit wirklicher Sittlichkeit, die überdies nur arischem Blute verträglich ist, bringt Selbengeschlechter hervor, die allen Mächten der Vernichtung widerstehen.“

Der aufrechte Arnold, die Dunkelmänner und die Regenwürmer.

Der berühmte völkisch-antisemitische Prophet Dr. Arnold Runge sprach in Karlsruhe über die „Strömung der völkischen Bewegung“. Nach Runge haben die „dunklen jüdischen Elemente“ auch schon die Führung der völkischen Bewegung ergriffen daher der Sturz des Siegfried (Adolf) ist gemeint, der Führer (Adolf), daher auch das Erblichen des Sternes Ludendorff. Auf den völkischen Reichstagskandidaten ständen nur noch Dunkelmänner und Regenwürmer, kaum noch ein Aufrechter. Als in der Diskussion sich ein „Regenwurm“ den völkischen Terminus als Mandatsjäger bereitete, erklärte unter anderem Arnold: „Diese Nationalsozialisten sind noch frecher als die Juden.“

Sozialdemokratisch-bürgerliche Einheitsfront für Mussolini. Die italienische Kammer nahm mit allen 315 gegen 6 Stimmen der Kommunisten eine Entschließung an, die die auswärtige Politik der Regierung gutheißt.

Immerforts Revolutionsinterviews.

Sehr geehrter Herr Stiefelmann! Mit Ihrem Auftrag, die Ansicht der sogenannten „führenden Persönlichkeiten“ über die gleichfalls sogenannte Revolution vom November 1918 zu erfragen, haben Sie mir keine Freude gemacht: Ich bin in ganz Deutschland, ja sogar im Ausland herumgepflogt wie Schnupftabak, um die Leute herauszufinden! Aber ich hab' es geschafft, Gott sei Dank!

Meine Frage lautete: „Wie denken Sie über die Revolution vom Nov. 1918?“

Und nun die Antworten:

Reichspräsident Ebert: „Es wäre nie so weit gekommen, wenn man damals schon den Artikel 48 der Reichsverfassung gekannt hätte.“

Wilhelm II., Kaiser und König a. D.: „Die Ereignisse vom November 1918 haben die Liebe meines Volkes zum angestammten Herrscherhaus deutlich gezeigt: Eine Million nach der andern hat mir die revolutionäre Abfindung eingebracht.“

General der Infanterie a. D. Ludendorff: „Ein hervorragender und sehr willkommener Dolchstoß. Er hat mir — unter uns gesagt, Herr Immerfort — das Eingeständnis meiner Niederlage erspart und mir außerdem zu einer angenehmen Auslandsreise verholfen.“

Reichstagsabgeordneter Weis: „Revolution? Grundigen Sie sich bei Frau Sobke! Die SPD. ist eine staatsverhaltende Partei!“

Herr Starnes junior: „Papa meinte immer, die Inflationszeit wäre noch besser gewesen.“

Friedrich Wilhelm, Kronprinz von Dels: „Damals regierte mein Herr Vater noch, und ich lehne jede Verantwortung ab. Wäre ich am Ruder gewesen, Herr Immerfort (im Flüster-ton): Immer feste druff!“

Oberpräsident Noske: „Ich kann nicht klagen. Die Revolution hat mich zu einem der berühmtesten Feldherren der Weltgeschichte gemacht.“

Die SPD. im Zentrums Spiegel.

Wandlung der SPD. — Koalitionspolitik zwecks Verhinderung sozialistischer Forderungen — Front von SPD. bis Deutschnationalen.

Es ist festzustellen, daß gerade in bezug auf seine Stellung zum Staate der Vorkriegssozialdemokrat keineswegs mit dem von heute identisch ist. Der rückwärtslose Budgetverwahrer, der grundsätzliche Staatsverweiner von damals ist nicht nur zu einem richtiggehenden Staatsbesitzer geworden, er hat selbst an der Wiederrichtung des neuen Reiches, an den Grundlagen des heutigen Staates, der Reichsgründung, mitgearbeitet. In diesem bedeutsamen Punkte sind die Rollen von rechts und links gegen früher vollständig vertauscht.

Man wendet von rechts her ein, wenn auch die Sozialdemokratie den heutigen Staat besäße, so habe sie doch ihre staatsgefährlichen Theorien und Programmpunkte nicht aufgegeben, bedeute also eine Gefahr und müsse ausgeschaltet werden. Auch wer auf diesem Standpunkt steht, daß wir eines Schutzes gegen den Marxismus bedürfen, wird aber zugeben müssen, daß die Gefahr nicht unmittelbar gegeben ist, solange die Sozialdemokratie nicht Alleinherrscherin im Staate ist, solange sie gezwungen bleibt, mit anderen Parteien in einem Koalitionskabinett zusammenzuliegen. Es ist ein Zeugnis, den man dem Wähler vorlegt, wenn man ihm sagt, dabei würden die sozialistischen Grundzüge einen gefährlichen Einfluß auf unser Staatsleben ausüben. In Wahrheit ist die Sozialdemokratie beim Eintritt in eine Regierungskoalition genötigt, mit den anderen beteiligten Parteien sich auf ein Regierungsprogramm zu einigen, auf dessen Durchführung die Zusammenarbeit beschränkt bleibt.

Die übrigen Koalitionsparteien haben es also durchaus in der Hand, die Aufnahme einseitiger sozialistischer Forderungen abzulehnen.

und so können in einem solchen Programm niemals die extremen Auffassungen Platz finden, es muß vielmehr eine Diagonale gezogen werden, die einen Kurs der Mitte sichersstellt. Darum ist ja auch der Sozialdemokrat das Mitsprechen parteipolitisch so übel bekommen. Während sie in der Nationalversammlung noch 185 von 419 Mandaten hatte, also kaum 20 weniger als die Ähste, gingen sie im ersten Reichstag bis auf 170 zurück und verfügten im jetzt aufgelösten Parlament mit 100 Sitzen schon längst nicht mehr über ein Viertel aller Mandate.

Das hilft uns nicht aus der Zwangslage heraus, die die Unfähigkeit der Sozialdemokratie grundsätzlich anerkennen zu müssen, wie wir das auch bei den Deutschnationalen tun werden, wenn sie sich endlich auf den Boden der Verfassung stellen. Die Voraussetzungen dafür können aber nicht wir schaffen, das können nur die Deutschnationalen selbst. „Germania“ (Zentralorgan des Zentrums) vom 8. 11. 1924.

Jüdische Antisemiten.

Die „Breslauer Volkswacht“, ein SPD-Organ, hat ein unbeschriebenes Fäß entdeckt. Sie appelliert an neue Antisemiten, damit am 7. Dezember die nötigen Mandate einlaufen. In der Sonnabendnummer der „Volkswacht“ finden wir eine Note, daß jüdische Kommunisten in Halle antisemitische Propaganda getrieben haben, um — zu verbergen, daß sie selbst Juden seien.

Zur Sache: Unser Bruderorgan, der „Klassenkampf“-Halle, prangerte eine Frau Mascha Herzfeld, Hauptaktionärin gleicher Hütten und Werke an, weil sie von ihrem Venerabilität: Schleisenbaum verlangt hat, die Höhe der Arbeiter noch weiter zu kürzen, andererseits er seine Konsequenzen ziehen müßte. Dies war der Grund einer Reklamation gegen die verantwortliche Schriftführerin des „Klassenkampfes“, unsere Genossin Gundersmann. Vor Gericht stellte sich heraus, daß nicht die Inflationskönigin Herzfeld diesen Anspruch gestellt, sondern die Tochter der Klägerin, Frau Vera Gundersmann-Herzfeld. Unsere Genossin Gundersmann ist zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt worden, denn das Gericht macht nicht den Unterschied zwischen jüdischen und nichtjüdischen Kapitalisten und jüdischen und nichtjüdischen Kommunisten. Die ein Unterschied fabriziert nur die „Volkswacht“. Die „Volkswacht“ selbst ist antisemitisch, aber nur wenn es gegen Kommunisten geht. Denn die Feststellung von jüdischen und nichtjüdischen Kommunisten ist schlimmer Antisemitismus. Hierbei bemerkt in unsere Genossin Gundersmann hellblaue Arierin.

Die Kommunisten kämpfen gegen alle Kapitalisten, ob sie beschneitten sind oder nicht. Die „Volkswacht“ lenkt anscheinend Kapitalisten erster und zweiter Sorte, aber da ist es besonders auffällig, daß sie die Inflationkönigin Herzfeld zur ersten Sorte zählt.

Wenn die völkischen Propaganda aus diesem Fall Herzfeld schlagen, so sehen sie eben nur eine Seite der Medaille, die andere Seite sieht die „Volkswacht“ und wir Kommunisten sehen und bekämpfen beide Seiten der Medaille.

Wir sind keine Spitzbürger, die die Frage Kapital und Arbeit als eine Rassenfrage betrachten. Die „Volkswacht“ dagegen fühlt sich nicht nur verpflichtet ihren jüdischen Lesern mündgerecht zu werden, sie bringt sogar in ihrer Sonnabendnummer ein „Verbot der nationaldeutschen Juden (dies deutschnationale Juden). Die „Volkswacht“ macht also für jüdische Monarchisten Propaganda. Die Arbeiter mögen urteilen, wer die Lumpen sind.

Sturz der spanischen Monarchie.

Trotz blutigen Terrors greift die Aufstandsbewegung in Spanien immer weiter um sich. Selbst im Heer gährt es. Katalonien und Navarra sind die Hauptaufstandsgebiete. Massenverhaftungen und Hinrichtungen im ganzen Lande sind nicht in Abrede. Den Ansturz aufzuhalten.

Bezeichnenderweise leistet der linke Herriot den spanischen Reaktionsären Bütteleidende im Kampfe gegen die Sozialisten. So werden alle paar Wochen spanische Anarchisten, die sich nach Frankreich geflüchtet hatten, von französischen Behörden verhaftet.

Achtung, Eisenbahner!

Mittwoch, vormittags 9 Uhr, im „Roten Löwen“ Kupferstraße.

Zusammenkunft

für alle kommunistischen Eisenbahner!

Wichtig eines jeden Genossen ist es, pünktlich zu erscheinen.

Das steuerfreie Einkommen in Deutschland und in Sowjetrußland.

Herr Luther will das steuerfreie Einkommen statt wie bisher mit 600 Mark mit 720 Mark Jahreseinkommen festsetzen. Dies entspricht einem monatlichen Lohn von 60 Mark. In Sowjetrußland ist das steuerfreie Einkommen mit monatlich 75 Rubel gleich 150 Mark festgesetzt! Dazu kommt, daß der russische Arbeiter für diese Summe bedeutend mehr Lebensmittel kaufen kann, als der deutsche Arbeiter.

Festungsgesangener Hiltel:

„Von welchem Novemberverbrechen sprechen Sie? 1918 oder im Bürgerbräu?“

Herr Gottlieb Schulze: „Was ich denke? Ich denke überhaupt nicht!“

Das wäre alles! Sind Sie zufrieden? Immer Ihr

Valdwin Immerfort.

Und wie steht's mit dem Vorschlag? Der Obige.

Stieber.

Der Redaktion! Beim Lesen des Artikels „Der schlechte Weber, um 1841“ in Nr. 162 Ihres geschätzten Blattes fiel mir der Name Stieber auf, der als Spionchef erwähnt wird. In den 70er Jahren hatte ich, als Junge Gelegenheitsarbeiter, mehrere Male zu sehen, und zwar im Preussischen Staatsministerium in Berlin (Wilhelmstraße), wo er als „Geheimrat Dr. Stieber“ im Bureau hatte. Mein Vater sagte zu mir: „Sieh dir mal den Geheimrat an, der hat viele Menschen im höchsten Verberufsstande unglücklich gemacht, wo er als „reiner Künstler“ unter den Webern verkehrte.“ — Sah er noch unter anderen „Mästen“ arbeitete, glaube ich gern; denn als Stieber „auf der Höhe“ war, hatte er in Berlin in seiner großen Wohnung mehrere Zimmer, die nur vollgefüllte Barockschänke enthielten. Es war wohl selten, daß Stieber zwei Tage hintereinander dieselbe Kost trug. — Mein Vater sagte, daß er auch zum eignen Schutze, denn er hatte viele „wohlgeleitete Freunde“. — Er ging, um etwas „zu erfahren“, mehrmals freiwillig ins Gefängnis, wo er dann Gelegenheitsluchte, seinen Zwecken dienliche Bekanntschaften anzuknüpfen und glückten die „Bekanntschaften“, dann verschwand der „Gezangene“ und nun begann seine Tätigkeit außerhalb des Gefängnisses. — Zu spät haben die Gefängnisgenossen erkannt, daß sie hereingefallen waren. — Die größte „Tat“ Stiebers war wohl die „Aufsindung“ des Bismarcks, welche „Tat“ auch im Gefängnis ihren Anfang nahm. — Bismarck war ihm stets wohlgekannt. Natürlich, eine solche „Kraft“ war dem Stürktemer Bismarck unentbehrlich. Vielleicht hat diese kleine „Erinnerung“ auch einiges Interesse für die Leser der „Schlechten Arbeiterzeitung“. Wenn dem so ist, wäre der Zweck dieser Zeilen erfüllt. Ein Schmutzblätter.

Rittergutsbesitzer von Klunkeviß: „Basucht unjermütlich damals im Heldenkeller! Heute haben wir die Bande wieder an der Kandare, Sie wissen ja: Sachliche Nothilfe!“

Reichskanzler a. D. Euno: „Ich hab' der wilhelminischen Tradition Ehre gemacht: Die kaiserlichen Kanzler hätten es auch nicht schlechter gemacht.“

Reichstagsabgeordneter Breitscheid: „Die Revolution hat ihren Zweck verfehlt: Ich bin heute noch immer nicht Reichsaußenminister!“

Frau Reichstagsabgeordnete Ruth Fischer: „Was fragen Sie mich? Ich war doch nicht dabei.“

Reichsaußenminister Stresemann: „Ich stehe auf dem Boden der Tatsachen, ich bleibe schwarz-weiß-rot-gold!“



Hilfsarbeiter liest die kommunistische Presse!

Die Eröffnungsbilanz der Dawes-„Sanierung“.

Der erste Monat der Dawes-Sanierung ist zu Ende: der Oktober, der Monat der 800-Millionen-Anleihe, der Monat, da deutsche Bankiers und deutsche Schwerkapitalisten in New York um Kredite betteln.

Da ist es an der Zeit, die Eröffnungsbilanz der Dawes-Sanierung für die deutschen Arbeiter zu ziehen. Die Sozialdemokraten und die Gewerkschaftsbürokraten verkünden ihren Anhängern täglich: der Dawes-Pakt sei so schwere Lasten er auch mit seinen Sachlieferungsbeiträgen und seinen Geldbeiträgen von 1250 Millionen Goldmark jährlich aus den indirekten Steuern und Zöllen den Werktätigen aufpackt, der einzige Ausweg, der die Arbeiterschaft Deutschlands vor noch größerer Not, vor noch größerem Elend schütze.

Sehen wir einmal zu, wohin dieser Ausweg aus Not und Elend die deutschen Arbeiter bisher geführt hat.

Betriebsstilllegungen und Massenentlassungen.

Deutschland schwimmt in Gold? Die Dollarsonne ist aufgegangen?

Wenn man die Luxusausstellungen in den großen Kaufhäusern, den Modeschau, den Autohallen, wenn man den Aufwand der großen Delikatessenhandlungen, der Weinrestaurants, der Kabarets und anderer Vergnügungsstätten sieht, könnte man das wohl glauben. Die Unternehmer und alles, was mit ihnen gedeiht, lassen sich wohl sein trotz Wirtschaftskrise und Absatzstöße. Und der Prolet kann im übrigen die Krise und Flaute aushalten.

Ja, er kostet sie aus, der Ruhr- und Rheinprolet, der dort im Anziehungspunkt der Kolonien Deutschlands im Herzen des Ausbeutungsbetriebs in schwarzen Schächten unter Tage schuftet, er erfährt zuerst und am ausgeblutetsten, wie die deutsche Industrie saniert wird: er trägt die Kosten. Nicht erst seit dem Oktober. Die deutsche Industrie „arbeitete“ schon, ehe der Dawesplan erschien, im Sinne der in ihm vorgesehenen „Sanierung“.

Massenhafte Betriebsstilllegungen wurden schon im August gemeldet und wurden Zehntausende von Arbeitern zur Katastrophe.

Trotz der Dawes-Sanierung ist es im gleichen Tempo weitergegangen. Täglich brachte die Arbeiterpresse auch im September und Oktober alarmierende Nachrichten und Zahlen von Betriebsstilllegungen und Massenentlassungen.

Wir haben diese Pressemeldungen, soweit sie uns zugänglich waren — sie sind also durchaus nicht erschöpfend — gesammelt und zusammengestellt.

Betriebsstilllegungen vom 14.—30. September.

| | |
|---|---------------|
| Schiffbau Betriebe im Rhein- und Ruhrgebiet | 4000 Arbeiter |
| Fabrikation von Eisenwaren | 4000 |
| Düsseldorfer Eisenwerk | 370 — 2700 |
| Kalkwerk GfA | 370 |
| Düsseldorfer Eisenwerk | 300 |
| Deutsche Luxusbau, Bergbau u. Maschinen-G. | 4000 |
| Möbelfabrikation, Eisen | Gesamtheit |
| Gießerei, Metallwerke | 6000 |
| Werkzeugmaschinen, Bergbau | Gesamtheit |
| Zechen Schölschitz, Dortmund | 500 |
| Mannheim, Elberfeld | 1000 |
| | 12000 |

in 10 Betrieben im Rhein-Ruhrgebiet

Erhaltungsarbeiten an 200 Eisenbahnen
Bauarbeiten 150000 seit Anfang 1924

Betriebsstilllegungen vom 1.—17. Oktober

| | |
|--|---------------|
| Stillegelegte Betriebe im Rhein- und Ruhrgebiet | 4000 Arbeiter |
| Zechen Friedländer Nachbaur | 1500 |
| Stillegelegte Betriebe im Ruhrgebiet | 30000 |
| Chemische Werke, Zechen Dammberg | 500 |
| Maschinen | 150 |
| Chemische | 200 |
| Fabrikation von Eisenwaren | Gesamtheit |
| Fabrikation von Eisenwaren, M. Gladbach (Textil) | 300 |
| Deutsche Niederrheinische | 150 |
| Königsberg, Deutsche Eisenwerke | 150 |
| Düsseldorfer Eisenwerk | 300 |
| Wassell, Bonn | 300 |
| Königsberg, Eisenwerke | Gesamtheit |
| Königsberg, Eisenwerke | 500 |

Andere Gebiete:

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Köln, Eisenwerke | 200 Frauen |
| Ludwigshafen, Chem. Werke | 150 |
| Münchener Eisenwerke und Maschinenbau | 7500 |
| Chemische Werke, Eisenwerke | 6000 |
| Deutsche Eisenwerke (Eisenerz-Trust) | Gesamtheit |
| Maschinenbau (Eisenwerke) | 300 |
| Internationaler Handel | Gesamtheit |
| | 40000 |

entlassen und gekündigte Arbeiter, 6 Gesamtentlassungen, in 14 Betrieben — 15 stilleschließende Betriebe.

Vom 14.—30. September 12570, vom 1.—17. Oktober 40000. Das sind zusammen 52570 Arbeiterentlassungen in 25 Betrieben vom 14. September bis 17. Oktober, also in ungefähr einem Monat. 113 Kollisionsstellen sind in sechs Monaten geschlossen worden. Dazu kommen

die Feierschichten.

Im September leisteten in Hamburg an 4 Tagen 12000 Arbeiter, in Bochum-Dortmund 71517 Feierschichten, im Ruhr-Kohlenbergbau 325000 Feierschichten in 270 Fällen, bei Hargreaves Bergbau A.-G. 2 Arbeitstage sämtliche Zechen. Auch das sind nur als Beispiele herausgegriffene Zahlen.

So sieht die „Kontingierung der Produktion“ durch das internationale Kapital aus. Denn es sind nach einem Bericht des „Ruhr-Echo“ vom 19. Oktober nicht nur die deutschen Kapitalisten, die sich auf diese Weise dem „verkleinerten Absatzmarkt“ anzupassen versuchen. Dort heißt es:

„In den letzten Wochen tauchen mehrfach in der in- und ausländischen kapitalistischen Presse Nachrichten auf, daß die Eisen- und Stahlindustrie in England, Frankreich und Deutschland sich in Verbänden zusammenschließen wollen mit dem aussergewöhnlichen Zweck, die jetzt bestehende Unsicherheit auf dem Absatzmarkt durch Kontingierung der Produktion zu beseitigen. Diese Verbände in nationaler Maßstäbe (in Belgien besteht diese Organisation der Eisenindustriellen bereits), sollen dann wieder in einer übernationalen Organisation zusammengefaßt werden, welche die Absatzmärkte im internationalen Maßstäbe aufteilen soll. Damit ist der Versuch ein-

geleitet, die Voraussetzungen für eine praktische Durchführung des Dawes-Planes, soweit die Eisen- und Stahlindustrie in Betracht kommt, zu schaffen.“

Die neue Rohstahlgemeinschaft, die inzwischen zustande gekommen ist, hat seine Geburt mit einer Produktionsbeschränkung von 40 Prozent geleiert. Und auch das Kohlsyndikat hat schon seine Produktion weiter eingeschränkt. Die Kehrseite dieses Abbaus ist vermehrte Arbeitszeit für die noch arbeitenden Proleten, Lohndruck bei Ueberarbeit, erhöhte Unfallziffer (60 Prozent im Bergbau) für die Ueberlasteten. So berichtet die „Düsseldorfer Freiheit“ am 2. Oktober.

„Durch das Ueberschichten-Abkommen werden monatlich 1350000 Ueberschichten verfahren. Wenn also jetzt 350000 Feierschichten eingelegt worden sind, so bedeutet das, daß nur eine Million Ueberschichten verfahren wurden. Die Zahl der Ueberschichten hat die Zahl der Feierschichten überschritten. Die Ausbeuter lassen also auf der einen Seite Mehrarbeit leisten, und werfen auf der anderen 70000 Bergarbeiter auf die Straße.“

Die „Regelung“ der Produktion durch den Dawes-Pakt, die Ueberwindung der Krise durch sie ist nur die Stabilisierung der Krise, ist nur die alte kapitalistische Methode der Durchsetzung der Ueberarbeit bei gleichzeitiger Massenarbeitslosigkeit, von der schon Karl Marx schreibt:

„Krisen, worin die Produktion unterbrochen und nur „kurze Zeit“ und nur während einiger Tage in der Woche gearbeitet wird, ändern natürlich nichts an dem Trieb nach Verlängerung des Arbeitstags. Je weniger Geschäfte gemacht werden, desto größer soll der Gewinn auf das gemachte Geschäft sein. Je weniger Zeit gearbeitet werden kann, desto mehr surplus Arbeitszeit soll gearbeitet werden. So berichten die Fabrikinspektoren über die Periode der Krise von 1857 bis 1858:

„Zur selben Zeit“, sagt Leonhard Horner, „wo 122 Fabriken in meinem Bezirk ganz aufgegeben sind, 134 still stehen und alle anderen kurze Zeit arbeiten, wird die Ueberarbeit über die gesetzlich bestimmte Zeit fortgesetzt...“

Die Kapitalisten sichern sich so einen Extraprofit („Kapital“ Bd. I, Seite 202).

Diesen Extraprofit steckt das internationale Großkapital ein, indem es durch die Privatisierung der Eisenbahnen, durch die Amerikanisierung der deutschen Währung, durch die Dollarleihe und die Entente-Kontrollen in seinem Interesse die deutsche Wirtschaft „reguliert“.



Dawes-Opfer.

Die Unternehmer schreiben „Absatzmangel“, „Unrentabilität“ und schänden Hunderttausende von Arbeitern und ihre Familien in den Hungerdold. Dabei haben die deutschen Zechenherren 133 Millionen Goldmark eingesteckt, die ihnen die Regierung zur Verfügung stellte, damit sie die Betriebe nicht stilllegen sollten.

Aber die Neustundenschilder soll erzwungen werden durch die Massenentlassungen. Das ist die Perspektive der Sanierung.

Vor allem werden durch das Dawes-Gutaachten die Eisenbahnen

getroffen. Nach großen Massenentlassungen, die in Erfurt schon im September allein 200 Eisenbahner auf die Straße setzten, so daß schon Assistenten Rangierarbeiten machen mußten, stehen neue 24000 auf der Abendliste. Sie bekommen den Segen der Privatisierung der Reichsbahn zuerst zu kosten.

Teuerung, Hungerlöhne, Selbstmord.

Das Dawes-Abkommen hat aber noch eine andere Seite. Es schiebt gründlich auch durch Hungerlöhne und die Steuer- und Zolllasten, die die Preise in die Höhe treiben. Auch hier sind die Rhein- und Ruhrarbeiter wieder besonders schwer getroffen vor allem durch die Preissteigerung, die dort seit Juli 30 Prozent beträgt. Sie haben in den letzten Wochen einen so großen Umfang angenommen, daß die Behörden selbst einen solchen Kampf dagegen führen müssen, denn ihre finanziellen Mittel reichen nicht mehr aus gegenüber den sich steigenden Unterstützungsbedürfnissen.

Der Durchschnittslohn eines gelernten Metallarbeiters in Deutschland beträgt ungefähr 30 Mark wöchentlich. Ein Straßenreiner, zugestellt bei der Stadt Berlin, erhält nach Abzügen 1293 Mark (11 Oktober 1924). Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ die Zeitung der Zechenbesitzer, muß in ihrer Nummer vom 14. November zugeben, daß die Löhne der englischen Bergarbeiter (Hauer) nicht um höher sind, als die ihrer Arbeitsträger an der Ruhr, sondern daß sie auch seit 1913 schneller gestiegen sind. So bekam in Großbritannien

vor dem Kriege ein Hauer einen Schichtlohn von 7 sh 5,95 d, ein Hauer im Ruhrrevier einen Schichtlohn von 6,75 M. Im August 1924 bekam ein englischer Hauer 11 sh 10,80 d, ein Ruhrhauer 7,50 M. Der Nominalverdienst eines britischen Hauers ist also 4 sh 4,84 d oder 58,75 Prozent höher als im Frieden.

Auch im Ruhrbezirk finden wir eine Steigerung. Sie ist allerdings mit 0,76 M. oder 11,28 Prozent weniger bedeutend. bemerkt die „Bergwerkszeitung“ kleinlaut. Um aber diesen Hundelohn der deutschen Dawes-Kulls an der Ruhr zu entschuldigen und beschönigen, beruft sie sich auf den Schwindel Index des Statistischen Reichsamtes, nach dem die Teuerung im Ruhrbezirk nur um 9 Punkte seit 1913 gestiegen, während sie in Großbritannien um 72 Punkte in die Höhe gegangen sei.

Ueber diesen Schwindel des Index, den jetzt selbst das Statistische Reichsamts zugibt noch ein Wort zu verlieren, ist überflüssig. Es genügt, auf das proletarische Existenzminimum für eine Familie mit zwei Kindern, das die „Rote Fahne“ wöchentlich veröffentlicht, zu verweisen. Es ist seit dem 13. September bis heute auf 66,96 Mark gestiegen. Mit dem proletarischen Index vergleicht man die Nominallöhne der deutschen Arbeiter, wie sie die Lohnbücher ausweisen, die die „Rote Fahne“ als erschütternde Dokumente des Hungers der breiten Massen des deutschen Proletariats veröffentlicht hat — und man hat den ganzen Segen der Dawes-Sanierung.

Man sieht es den deutschen Arbeitern, man sieht es von allem ihren Kindern an — die Lehrer wissen ein Lied davon zu singen — wie eine Arbeiterfamilie bei solchen Hungerlöhnen existieren kann. Wenn Unterernährung schon

langsam Hungerdold

ist, dann sind die Hunderttausende von Arbeitslosen von vorn herein zum Hungerdold Verurteilte. Und auch der Selbstmord gehört bei der katastrophalen Steigerung der Selbstmordfälle heute zum größten Teil in die Rubrik Hungerdold. Freilich, die bürgerliche Presse möchte das nicht gern zugeben. So brachte kurz nachdem (am 6. Oktober) durch die Presse die Nachricht von 102 Selbstmorden wöchentlich allein in Berlin ging, das 8-Uhr-Abendblatt am 10. Oktober einen Artikel „Der Todeszug der Lebensmüden“ über die Selbstmordfrage. Da wird festgestellt, daß stets im Herbst und Frühjahr die Selbstmordziffer höher gewesen seien. Als Ursachen werden festgestellt: „Allgemeiner Lebensverdruss“, „körperliche Leiden“, „Geisteskrankheit“, „Geisteschwäche“, „Leidenschaften“, „Laater“, „Reue“, „Scham“, „Aerger“, „Streit“, „Alkohol“, „unbekannte Orände“ — nur nicht Hunger! Und doch ist es der Hunger, der Tausende in den Tod treibt. Ende Oktober wurden bereits

120 Selbstmorde in einer Woche für Berlin.

registriert. Ob die Arbeiter infolge von Ueberlastung verunglücken, ob sie infolge von Teuerung und Lohndruck verhungern, oder infolge von Arbeitslosigkeit in den Tod getrieben werden — die Sanierung der deutschen Wirtschaft geht vor sich — die „Ueberbevölkerung“ wird vermindert.

Das ist die neue Aera der Dawes-Sanierung, die auch die Sozialdemokraten gepriesen haben, von der der „Vorwärts“ schrieb, daß sie aller Not, allem Elend ein Ende mache, daß die Betriebe ihre Tore öffnen und es keine Erwerbslosen mehr geben würde.“

Und wir sind erst am Anfang dieser Sanierung. Sie wird erst im Jahre 1925 völlig durchgeführt werden. Die Unternehmer sehen sich belächelt von das ist der Sinn der „Steuerreform“ der Marxregierung. Sie setzt Einkommensteuer auf den Besitz, Börsensteuer und Umsatzsteuer herab. Aber die Zölle und die Lohnsteuer sind unantastbar. Und die Sozialdemokraten erklären dazu, daß die Arbeiterschaft nichts gegen die Lohnsteuer tun könne, denn sie sei ein nicht zu beseitigender Bestandteil des Reichsfinanzen! Freilich werden ihn weder die Regierung noch die SPD-Führer beseitigen. Das können nur die Arbeiter selbst in ihrem zähen Kampf vorbringen — im Kampf gegen die Dawes-Sanierung, d. h. gegen die Ausbeutungsfront des Weltkapitals.

Diese kurze, lange nicht erschöpfende Uebersicht über die ersten Ergebnisse des Dawespaktes, sowie seine Rohbilanz dürften genügen. Die Behauptungen der Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbürokraten vom Ausweg ins Freie durch den Dawesakt entpuppt sich als ein frecher Schwindel der Arbeitergemeinschaften und Koalitionspolitiker, die mit dem Bürgerblock und den Großkapitalisten paktieren.

Sie tragen zusammen mit den Kapitalisten die volle Verantwortung für das neue Elend, das durch den Dawesakt über die deutsche Arbeiterschaft hereingebrochen ist. Ihre Verantwortung vor dem Proletariat ist um so größer, als zu gleicher Zeit, als im Reichstag die Dawesgesetze angenommen wurden, sie gegen

das Sachverständigengutachten der Arbeiter

das die Kommunisten als Gesetzentwurf eingebracht hatten, gestimmt haben. Jetzt müssen die Arbeitermassen mehr und mehr erkennen, daß die Kommunisten mit ihrem Sachverständigengutachten der Arbeiter allein den Ausweg weisen.

Dieses Gutachten fordert statt Kontrolle der Entente-Kommissare die Kontrolle der deutschen Arbeiter über die deutsche Wirtschaft; statt der Auslieferung der deutschen Produktionsmittel an das internationale Großkapital, die Sozialisierung der deutschen Produktionsmittel durch die Werktätigen; statt der Herrschaft der Bankkapitalisten und wuchernden Großhändler über die Preise die Nationalisierung der Banken und die Regelung der Produktion nach den Bedürfnissen des arbeitenden Volkes;

statt der Stabilisierung der Stinnesherrschaft in der Republik die Herrschaft und Macht der Werktätigen im Staat.

Wollen die deutschen Arbeiter verhindern, daß nicht nach diesem ersten Monat der Dawes-Sanierung noch größeres Elend über sie hereinbreche, so müssen sie für diese Ziele kämpfen. Sie müssen sich um die Kommunisten scharen und am 7. Dezember allen Erfüllungspolitikern und Mörgeln gegen den verdienten Fußtritt geben.

Die Zahl der Handelsunternehmungen in Deutschland erreichte im Oktober 13684 gegen 12905 am 1. Januar d. J. Im Laufe von 9 Monaten vergrößerte sich die Anzahl der Unternehmungen um 7,5 Prozent. Der größte Prozentsatz entfiel auf mittelgroße Unternehmungen (56 Prozent) und auf den Gewerkschaftshandel.

Die russische Getreideernte im September hat 500000 Pud betragen. Für November und Dezember wird eine Steigerung erwartet. Das Menschewistenregiment hat eine Missernte-straube fällt immer mehr in sich zusammen.

Das proletarische Existenzminimum der Woche vom 10. bis 16. November

beträgt **66,96 Mark**

gegenüber **66,91 Mark** der Woche vom 2. bis 9. November

Während die Preise der Lebensmittel sich in dieser Woche nicht verändert haben, sind die Preise für Materialen stark gestiegen.

Das Reichsbanner.

Die Eroberung von Potsdam.

Vor vier Wochen hat das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold seinen ersten großen Eroberungszug getan. Er war nicht viel anders, als es die Eroberungszüge der Ritter- schaft von der Pforte sind. Diese gehen nach Kriech an der Mauer, um Bier zu trinken. Das Reichsbanner ging nach Potsdam, um die schwarz-rot-goldene Fahne zu entrollen. Die schwarz-rot-goldene Fahne wurde in Potsdam entrollt. Ein Feind zeigte sich nicht. Potsdam wurde erobert, aber am nächsten Tage stellte man fest, daß sich in Potsdam nach dem Besuch des Reichsbanners genau so wenig ge- ändert, wie in Kurland an der Küster nach einer Land-Expedition der Ritter von der Pforte. Es blieb und bleibt das konter- revolutionäre Reich der Hohenzollernbrüder, der alten Büro- kratie und der wilhelminischen Offiziere.

Aber eines hat die Eroberung von Potsdam durch das Reichsbanner dem deutschen Volk gebracht: das ist eine wund- erliche Schrift des Reichsbanners, herausgegeben zur Eroberung von Potsdam und benannt:

„Das Reichsbanner und Potsdam.“

Mitarbeiter sind außer einigen unbekanntem Leuten und namlosen Herrschaften ein paar literale Professoren, Herr Professor Bergsträßer und Herr Professor Godehorn, ein paar abgedankte Generale, darunter der Herero-Deimling und der Generalmajor von Schnalch.

Es lohnt sich, auf diese Schrift einzugehen. Denn aus ihr kann der Arbeiter den „Geist“ des Reichsbanners am besten erkennen.

„Das ganze Deutschland soll es sein!“

Unter der Überschrift: „Vorkämpfer deutscher Einheit und Freiheit unter Schwarz-Rot-Gold“ werden Ernst Moritz Arndt mit dem Titel: „Das ganze Deutschland soll es sein“, Hoffmann von Fallersleben mit dem unvermeidlichen, von Ebert zur Nationalhymne erhobenen „Einigkeit und Recht und Freiheit“ (in den deutschen Gefängnissen), der alte ehrliche Turnvater Jahn mit dem Wort: „Mein Schicksal führt die Farben Schwarz-Rot-Gold und darin steht geschrieben: Einheit, Freiheit, Vaterland“, wird schließlich Adolfs wilbe verlorene Jagd zitiert.

Die verachteten Generale und demokratischen Oberlehrer sehen sich als Erben eines großen Geschicks. Aber sie kennen ihren Ernst Moritz Arndt und Adolfs wilbe verlorene Jagd nur aus dem Kommerzbuch und aus den Ge- schichtsbüchern der deutschen Republik. Mit dem, was die Demokraten vor 100 Jahren wollten, mit den Führern der Freiheitskriege, Görres, Arndt und Schurz, haben sie sich nicht das geringste gemeint. Die Görres und Arndt hatten wenigstens etwas vom Sturmhauch der großen französischen Revolution verspürt. Die schwarz-rot-goldenen Oberlehrer sind bestenfalls die Stiefkinder der deutschen Konterrevolution. Ernst Moritz Arndt schrieb einst das Wort: „Der Rhein, Deutschlands Strom — nicht Deutsch- lands Grenze.“

Die schwarz-rot-goldenen Generale und Reichsbanner-Parasiten kriechen vor Kollern. In den Verfassungskriegen erhob sich das deutsche Volk gegen den Willen seiner Fürsten und Bürokraten gegen fremde Eroberung. Das Reichsbanner precht die Erfüllung an den internationalen Handelsimperialis- mus, der noch tief im Anbruch ist.

Arndt und Görres waren aufrichte männliche Charak- tere. Die Verächter, Godehorn und sozialdemokratischen Reichsbannerführer hat schon Heinrich Heine vorabradt, als er im „Atta Troll“ den schwarz-rot-goldenen Spießer tadelte:

Wandmal auch gekunden habend,
Ein Talent, doch kein Charakter.

Sanft Fridericus Rex.

Das Reichsbanner hat noch einen anderen Schutz- heiligen: Fridericus Rex, den heiligen Geist von Potsdam.

Hören wir, was Herr Professor Godehorn schreibt:

„Das alte heilige Potsdam. Was ist denn daran in Wahr- heit heilig zu nennen. Wir meinen doch die Fähigkeit der Eingabe an den Staat. Sie ist von den Vätern der Hohenzollern in Potsdam den Preußen anvertraut worden.“

Ein Herr Wisanowski preist in einem Aufsatz über das Deutschlandes es als ein bleibendes Verdienst Eberts, diesen

„Schwarz-rot-goldenen Song Hoffmann von Fallersleben.“

den Nationalsozialisten entziehen und zum Nationalheiligen der deutschen Republik erheben zu haben. Welches sind Eberts Verdienste um die Arbeiter in der Republik?

Herr Godehorn ist in einem Aufsatz „Jugend und Re- publik“ übermäßig:

„Seht Haun der Jugend. Dann werden Junge und Alte das republikanische Deutschland bauen, ein Reich voll Adel, gegenseitiger Hilfe und brüderlicher Aufnahmehäufigkeit, und werden erhasst, oben dunklen Mächten zum Trost, geben ihrem Schwur. Deutsche Republik, wir schwören: letzter Tropfen Blut soll die gestehen!“

Man nehme aus der Walze die „deutsche Republik“ her- aus und setze dafür „Reich voll Gottesgnaden“ ein, und wir haben den braven alten Kaiser-Patriotismus. Es ist das alte Schwarz-Weiß-Rot in Schwarz-Rot-Gold aufgeblüht.

St. Fridericus Rex, der noch schlechteres Deutsch als sie und kaum besseres Französisch geschrieben hat, der mit dem Stochpfeil auf den Wangen seiner Unterarmen regiert hat, ist ihr Heiliger, wie er der Heilige der Stahlhelmeute ist. Sie alle treten zu einem gemeinsamen Gott: dem Gott der Klassenverbündung, damit sie um so besser über die wertvollen Massen herfallen können.

Was Wunder, daß Stahlhelmeute zum Reichsbanner überwechseln? Sie brauchen nur die Farbe, nicht die Ge- sinnung umzutauschen.

Das Reichsbanner und der Faschismus.

Herr Professor Bergsträßer schreibt:

„Es ist eine Tatsache, daß wir kein Heer haben, das einer großen kriegerischen Auseinandersetzung gewachsen wäre. Wir können also dieses Heer bei politischen Entschei- dungen nicht in die Waagschale werfen. Können es nicht, auch wenn wir vor Überzeugung sind, daß es innerhalb der engen Grenzen seiner Zahl das Mögliche leistet. Das ganze Gebaren der Stahlhelmeute ist also den Tatsachen gegenüber lächerlich, Theaterbühnen. Ein wirkliches Schwert haben auch sie nicht. So drohen sie mit dem Pappschwert.“

Auch innerpolitisch (Wort) der Stahlhelmeute nur ein Pappschwert.

Die Kreise, die hinter den rechtstextualen Organisationen stehen, die Schwerindustrie und Großkapital, die ihnen das Geld geben, sind schon jetzt die verlässlichen Vorkämpfer.“

Das ist deutlich: ein Pappschwert nach außen, aber eine scharfe Waffe nach innen. Die schwarz-rot-goldenen Ideale sind Ideale der deutschen Bourgeoisie, von denen der Impe-



Herero-Deimling,
der Reichsbanner-General.

...aus abgezogen wurde. Es ist auch die Erfüllungsweltlich und der Sachverständigenpost, der ohne Paraphrasen prä- zise dafür mit dem schwarz-rot-goldenen Glauben, der den Klassenkampf gegen die deutsche Arbeiterklasse erweist.

Das Reichsbanner verhält sich zum Staat nicht wie diese Leute zu dummen Leuten. Der Staat ist für sie ein Pappschwert, führt der Herr Reichsbanner. Die Organisation des Stahlhelms kommen nicht auf ihre Kosten. Die Organisa- tionen sollen ihr Geld lieber dem Reichsbanner geben; da ist es besser und sicherer angelegt.

Die SPD. und das Reichsbanner.

Die sozialdemokratischen Führer sind zusammen mit den literarischen Professoren und den abgehalften Genera- len die Hüter des Reichsbanners. Ebert ist sein Protektor und Eberts Handlungsmittel ist der Liebe seiner Götter. Im Reichsbanner, dem „Kernstück des Reichsbanners“ des Herrn Godehorn, verheißt sich nur die konterrevolutionäre Einmündung der SPD-Führerschaft.

Die SPD. hat nach dem Zusammenbruch der Monarchie durch Weisse Garden die Revolution niedergedrückt. Heute hat die Unteroffiziers- und Offiziers-Atmosphäre formiert; Kuttner das Regiment Reichstag und das Regiment Liebe gegen den Sozialistenschlag. Die sozialdemokratischen Zeitungen allerorts waren von Beginn der Revolution an voll von den Aufträgen der Weissen Garden (Adolfs wilbe, verwegene Jagd!).

Im Januar und März 1919 kämpften in den Straßen Berlins die Stoßtrupp der Sozialdemokraten Schulter an Schulter mit Ehrhardt und Reinhardt gegen die Klassenbewußten Arbeiter. Wirtlich organisiert von Döpreußen aus das Volkstum-Venturer, Godehorn in Obet- schlesien den Krieg gegen Polen.

Diese Entwicklung der Sozialdemokraten vollendet sich im Reichsbanner. Es ist eine rein bürgerlich-faschistische Organi- sation. Sie verneint den Klassenkampf in der Theorie durch die Klassenverbündung, in der Praxis führt sie ihn durch mit dem Gummiknüppel gegen das Proletariat.

Zersprengt die Dawes-Sklavenketten:
Nur Kommunismus kann uns retten!
Wählt Liste Nr. 4

Einige Fragen an sozialdemokratische Arbeiter.

Siebt ihr für die verfassungsmäßige oder für die ver- fassungswidrige Republik?

Wenn ihr für die verfassungsmäßige Republik seht, seht ihr bereit, jede verfassungsmäßige deutsche republikanische Re- gierung zu unterstützen?

Wenn ja, so bekennt: In Bayern, Württemberg, Thürin- gen und Mecklenburg haben wir bereits

deutschnationalen monarchistische Regierungen,

die zuhause kamen im Rahmen der Weimarer Verfassung, die gewählt sind, durch rechtmäßige parlamentarische Mehrheiten. Sind das nicht auch verfassungsmäßige republikanische Rege- rungen? Muß das Reichsbanner nicht auch sie schützen? Was will das Reichsbanner tun, wenn z. B. an Stelle von Ebert Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt wird, wenn eine bürgerliche Mehrheit im Reichstag Ebert zum Reichs- kanzler bestimmt? Auch Hindenburg und Ebert wären rechtmäßige Träger der deutschen Republik. Was werden die Arbeiter des Reichsbanners

damit tun?

Ihr seht für die gesetzmäßige Republik. Wist ihr nicht, daß die deutsche Republik eine monarchistische Republik, eine monarchistische Armee und eine monarchistische Schulverwaltung hat? Wie wollt ihr dagegen kämpfen im Rahmen der Verfassung?

Glaubt ihr tatsächlich an einen gewalttätigen Rechtsputz? Seht ihr nicht, daß die Großbourgeoisie mit den Mitteln der Gewalt und des Parlaments auf dem Boden der Weimarer Verfassung alles durchsetzen kann, was sie will? Waren nicht sogar die Deutschnationalen vor der Reichstagsauflösung be- reit, in eine Regierung zum Schutze der Republik auf der Grundlage der Weimarer Verfassung zu gehen? Ist nicht die bestehende Republik ein Organ des Großkapitals zur Unter- drückung der Arbeiter? Was haben also die Arbeiter in einer Organisation zu suchen, die die Aufgabe hat, diese bestehende großkapitalistische Republik zu verteidigen?

Wenn ihr für die Republik seht, so wollt ihr doch wohl eine soziale Republik.

eine Republik im Interesse der wertvollen Massen? Wie könnt ihr eine solche Republik schaffen?

Die Antwort der Kommunisten.

Nur durch den Klassenkampf!

Ist das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ein Organ des Klassenkampfes? Nie und nimmer. Stimmt es nicht, daß das Reichsbanner über den Klassenkampf Kapital und Arbeit gar nichts sagt, daß es sogar die Kräfte der Arbeiter lähmt? Verändert sich nicht im Reichsbanner die SPD. mit Kommunismus und Demokratie?

Wer ist das Zentrum?

Die Großindustriellen, die Banken und die Kapitalisten und die katholischen Junker in Schlesien und Ostdeutschland.

Was soll die Demokratie?

Das „Vestniet-Zarblatt“ und die „Frank- furter Zeitung“, Münchener „Vorkämpfer“, „Kantkämpfer“ und „Kantkämpfer“.

Alles möglich, zusammen mit diesen Elementen eine soziale Republik zu schaffen? Was haben die Arbeiter in einer Organisation zusammen mit Kapital und Demokratie zu suchen? Ist es nicht schon die Arbeiter lassen im Reichsbanner die Klassenkampf, Klassen und Klassenkampf abgeben und geben vorhin, wo der Klassenkampf geführt wird, nämlich zum

Roten Frontkämpferbund und zur kommunistischen Partei.

Der Schwarz-rot-goldene Bloß.

Schwarz, schwarz, schwarz,

Schwarz sind die Klassen

die schwärmen für den Himmel.

10 Stunden unter Tag dabei

laß der Kumpel schaffen.

Der Kumpel, der in Schwarz vor Treck

drum jährt auf den Pfaffen.

Und wenn der Kumpel klüde kriegt,

Dann muß er 14 Stunden schaffen.

Gold, Gold, Gold,

Gold liest der Demokrat.

Wenn's durch die Klassenkräfte reißt,

Prozente gibt, Profite best,

So nennt er's „meine Tat“.

Inzwischen schütten im Kloster,

In dem Betrieb, in der Fabrik

Diejenigen, die es ihm verschafft

In dieser freien Republik.

Rot, rot, rot,

Rot — es war einmal.

Wir SPD-er sind jetzt gold,

In Rot zu denken macht uns Lust.

Verbündet sind wir bis zum Tod

Für Schwarz und gold,

Drum fort das Rot!

Was soll es auch bedeuten?

Für die Verbündeten: Metten,

Für die Proleten: Streiten.

Das können wir nicht leiden!

Der Geldsack, das ist was Gold's,

Nur Sozialismus ist und mies.

Das Rot wird nächstens abgeschafft,

Wenn wir es erst sofort gebracht,

Daß wieder als Minister

Wir neue ziele registrieren.

Arbeiter! Seht die Wählerlisten ein!

Wer nicht in der Wählerliste steht, kann am 7. Dezember nicht wählen!

Schauspielhaus
Opernstraße
Tel. Ring 2045.
Abend 8 Uhr:
Der große
Fellertellererfolg:
„Der
Hampelmann“

Lieblich
Theater
November
täglich 8 Uhr:
Internationales
Variete

W. S. Weigrin
Bedarfsartikel
Tauschen Sie
am liebsten bei
S. S. Weigrin
Bedarfsartikel
Leichstraße 23
Vorsicht dieses
Inventars enthält
10% Rabatt!

Hasen- u. Kanin-
felle alle andere
Felle, auch Füchse,
Warder und Zitiere
Licht zu belannt
reellen Preisen

H. Freudenberg
Kupfer- u. Zinn-
arbeiten
Kupfer- u. Zinn-
arbeiten
Kupfer- u. Zinn-
arbeiten

Wettbezüge
Zetten, Strichfäden
sehr gut und billig
Leihhaus
Leihhaus

Grad-
und Hoch-Anzüge
H. Mohaupt
Parkstr. 11, Tel. 31,
1901, 1902, 1903

Veranstaltungskalender
Breslau, Bezirk 584, Sonntag, den 19. November
1924, abends 8 Uhr im Saal des
Königlichen Hoftheaters
Breslau, Bezirk 584, Sonntag, den 19. November
1924, abends 8 Uhr im Saal des
Königlichen Hoftheaters

Gewerkschaften
Gewerkschaften
Gewerkschaften
Gewerkschaften

Kommunistische Kindergruppe
Kommunistische Kindergruppe
Kommunistische Kindergruppe
Kommunistische Kindergruppe

Andere Organisationen
Andere Organisationen
Andere Organisationen
Andere Organisationen

Beachtet unsere Inserenten!
Beachtet unsere Inserenten!
Beachtet unsere Inserenten!
Beachtet unsere Inserenten!

Amtl. Bekanntmachung von Gottesberg.
Ausgabe von Bezugskarten für
Trockenmilch.
An bedürftige Kinder im Alter von
2-6 Jahren soll wieder einige Wochen
lang Trockenmilch in der städtischen Volks-
küche ausgeben werden.
Bezugskarten werden nur **Donnerstag,**
den 20. November, vorm. von 10-12 Uhr
im Magistratsbüro - Zimmer 9 - des
Rathauses ausgeben.
Der Magistrat,
Dr. Meißmann.

Amtl. Bekanntmachung von Weißstein.
Ausgabe der Protokollausfertigungskarten
erfolgt am Mittwoch, den 19. November 1924,
vormittags von 10-11 Uhr im hiesigen
Schulratsamt, Zimmer 9. Ausweise
und mitzubringen.
Weißstein, den 12. November 1924.
Der Gemeindevorsteher,
W. Gertzma.

Amtl. Bekanntmachung von Nieder-Sermisdorf.
Auf Grund der bestehenden Polizei-
verordnung vom 1. 11. 1922 über das
Wahlrecht ist jede in der hiesigen Ge-
meinde ans. ab- und umziehende Person
verpflichtet, sich innerhalb 6 Tagen an-
zu- oder anzumelden. Diese Melde-
pflicht ist jedoch in letzter Zeit vielfach
verkannt worden.
Zur Vermeidung von Bestrafung
liegt es im Interesse jedes einzelnen,
die unterlassenen Meldungen so
möglichst bald zu berichtigen. Dies ist
deshalb dringend erforderlich, um bei der Auf-
stellung der Wahllisten für die bevor-
stehenden Wahlen Unregelmäßigkeiten zu
vermeiden.
Nieder-Sermisdorf, 22. Okt. 1924.
Der Amtsvorsteher.

Wo kauft man am vorteilhaftesten?
Nur in der
„Schlesischen Arbeiter-Zeitung“

Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung
am Freitag, den 21. November 1924, nachmittags 6 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses.
Tagesordnung:

| Bezeichnung der Vorlage | Berichterstat- ter Herr Stadtverordn. |
|--|---|
| a) Öffentliche Sitzung. | |
| 1. Einführung eines unbedenklichen Mag- straßmüllabfuhr. | Offner |
| 2. Einführung eines Gefäß-Stadtverord- nenen. | Marode |
| 3. Bewilligung von Mitteln zur Beschaf- fung von Ausstattungsgegenständen für die Polizeibeamten. | Hänisch |
| 4. Übernahme der Volkshilfskasse durch die Stadt. | Müller |
| 5. Bewilligung von Mitteln zum Ankauf von Heimstätten. | Müller |
| 6. Bewilligung der Umzugskosten des Be- raters Schiller. | Schiller |
| 7. Desgl. der Oberin Rahmann. | Frl. Leube |
| 8. Bewilligung von Mitteln zur Beschaf- fung von Wolle und Leinwand für be- dürftige Schulfinder. | Lutz |
| 9. Antragsteller: Bereitstellung von Schu- räumen und Schulstühlen für die zu errichtende bergmännische Berufsschule. | Bräuner |
| 10. Beifall die Errichtung eines Schul- Brausebades. | Enger |
| 11. Errichtung der Untersekunda an der höheren Schule. | Higuer |
| 12. Veräußerung eines Betrages an die Ar- beits-Samariter-Kolonie zur Anschaf- fung eines Sauerstoff-Apparates. | Lutz |
| 13. Bewilligung von Mitteln zur Fortfüh- rung der Quälle Spritzung. | Higuer |
| 14. Desgl. zur Fortführung der Müllspül- ung. | Lutz |
| 15. Nachbewilligung von Mitteln für die Quälle- und Müllspülung. | Higuer |
| 16. Bewilligung eines Betrages zur Verlei- hung an Bedürftige. | Bogt |
| 17. Bewilligung der Mittel zur Anschaffung von Bettelstühlen nebst Zubehör für das städtische Krankenhaus. | H. Hildebrandt |
| 18. Bewilligung der Mittel zur Bergütte- rung der Fenster im Zimmer für Ob- dachlöcher. | Serbe |
| 19. Festsetzung der Jahresrechnungen der städt. Kassen für die Rechnungsjahre 1921 und 1922 und Entlastung des Rech- nungslegers. | Dr. Grabowski |
| 20. Annahmestelle von dem Protokoll über die außerordentliche Revision der Stadt- handlung. | Dr. Grabowski |
| 21. Einleitung elektrischer Beleuchtung im Rathaus. | |
| 22. Anträge. | |
| b) Geheimer Sitzung. | |
| Sitzung der Vorbereitungskommission Donnerstag, den 21. November 1924, nachmittags 6 Uhr im Sitzungssaal Rathaus. | |
| Gottesberg, den 15. November 1924. Der Stadtverordneten-Vorsteher, August Hillich. | |

Jede sorgsame Hausfrau
muss sich die nebenstehende Packung ein-
prägen, in der allein die Feinkost-Marga-
rine „Schwan im Blaueband“ geliefert wird.
Sie ist unübertrefflich für Küche
und Haushalt und entspricht den
höchsten Anforderungen des ver-
wöhnten Geschmacks.
Preis 50 Pfennig
das Halbpfund.



**Schwan im
Blaueband** frisch
geküht

Der zahlt:
**Der Arbeiter, Angestellte,
Beamte, Kleinbauer, Rentner?**

?

Wer soll zahlen? — Wer muß zahlen?

Beit:

**„Wer zahlt die Kosten
des Londoner Friedens?“**

?

Preis 10 Pf.

Buchhandlung
der Produktiv-Genossenschaft
Breslau, Trebnitzer Str. 50.

PEUVAG
Papier-Erzeugungs-
und Verwertungsgesellschaft
Aktien-Gesellschaft
Berlin
Filiale Breslau
Trebnitzer Str. 50

Abteilung:
Buchdruckerei

Wir stellen bei
beliebiger Bestellung
Programme
Eintrittskarten
Briefbogen
Plakate
Rechnungen
Flugblätter
für alle Druckereien
für
Private, Vereine
und Behörden

Haben Sie 'ne „GUTE FEE“ zu Haus?

Wo im Haus 'ne „Gute Fee“,
Sibt es weder Leid noch Weh.

- „GUTE FEE“ erst seit kurzem im Handel, hat schon die Welt im Sturm erobert.
- „GUTE FEE“ ist das hervorragendste Heilmittel, das die Welt je gekannt hat. Seine Erfolge sind einzig in ihrer Art.
- „GUTE FEE“ ist das Mittel, welches von jahrelang quälenden Gicht-, Ischias- und rheumatischen Schmerzen radikal befreit.
- „GUTE FEE“ ist das unerlässliche Mittel bei Neuralgie, Grippe, Kopf- und Nervenschmerzen. Es hilft sofort.
- „GUTE FEE“ ist keine chemische Arznei, sondern ist aus verschiedenen heilkräftigsten Pflanzenstoffen hergestellt.
- „GUTE FEE“ greift das Herz nicht an, im Gegenteil kühlt es.
- „GUTE FEE“ ist ein absolut unschädliches, giftfreies Präparat in Extraktform, welches nicht allein Schmerzen für den Augenblick beseitigt, sondern auch das Leiden in ganz kurzer Zeit ein für alle Male wirklich beseitigt.

So etwas ist noch nicht dagewesen!

„GUTE FEE“ heilt das Leiden — und wir können es beweisen
an Hund der vielen Dankschreiben. / Kaufgeforderte schreiben uns am 20. Oktober 1924 Herr und Frau Georg
Gertl, Gajensgasse, Ludwig (Bayern):

„Ich habe mich im Verlauf eines Jahres über meine Beschwerden wegen Gichtes Bericht zu erstatten. Ihr Mittel ist einfach großartig. Nichts hat geholfen, nachdem ich schon
3 Monate lang keine Ruhe finden konnte, nur Schmerzen am Kniegelenk war. Ich hatte zu Ihrer Hilfe, vollständig gelöst, kein Festhalten mehr, da ich ja schon
so viele andere Mittel probiert hatte. Ich bin sehr dankbar für die Hilfe, die Sie durch Ihr Mittel zur Beseitigung meiner Beschwerden, das ich von meinem Arzt
nicht bekommen konnte. Ich werde mich sehr freuen, wenn Sie mir noch weitere Ratschläge geben. Nehmen Sie von mir für Ihre Hilfe meinen besten Dank entgegen.“

Wenn jemand, den wir nie im Leben gesehen haben, unangekündigt einen solchen Brief schreibt, dann ist es eben ein weiterer
schlagender Beweis für die glänzenden Wirkungen unseres Heilmittels „GUTE FEE“.

Das ist kein fauler Zauber, das ist einfach Tatsache.

Der Preis des „GUTE FEE“ ist Mark 3,- frei Haus gegen vorherige Einzahlung des Betrages.
Aus Reklamegründen erhält bis zum 31. Dezember 1924 jeder 50ste Besteller eine Flasche „GUTE FEE“
gratis und franko.

Nur ein Versuch kann überzeugen!

Mark 3.- ist ein so geringer Betrag, das ein jeder, der leidet, es sich leisten kann, gesund zu werden.

**Wieland-Apotheke, Versand-Abtlg. 2819
Berlin W. 15, Hohenzollerndamm 2.**

Bitte Namen und Adresse recht deutlich zu schreiben.